

Auslauf- oder Erfolgsmodell?

Kommunale Präventionsgremien in Deutschland – Ein Forschungsüberblick

Henning van den Brink

Kommunale Kriminalprävention ist eingebettet in die kooperative Sicherheitspolitik der Städte und Gemeinden. Kriminalpräventive Gremien, die in der ganzen Republik mit dem Ziel gegründet wurden, Kriminalität wie Kriminalitätsfurcht zu reduzieren und die ressort- und institutionsübergreifenden Zusammenarbeit der lokalen Akteure voranzutreiben, gelten dabei als wichtige Knotenpunkte und Schnittstellen. Anhand des aktuellen Forschungsstandes sollen Chancen, Nutzen und Grenzen dieser Gremien ausgelotet werden.

Einleitung – Überflüssige Debattierunde oder unverzichtbare Schnittstelle?

Die große Gründungswelle kriminalpräventiver Gremien auf kommunaler und Landesebene ist seit rund 20 Jahren vorbei. Der Euphorie und dem Elan in der Anfangsphase folgten nicht selten Ernüchterung und Orientierungslosigkeit. Einige Gremien haben sich zwar in die kommunalen Verwaltungsstrukturen fest eingehakt und sind inzwischen wichtige Rat- und Impulsgeber in der Gestaltung kommunaler Sicherheitspolitik. Andere sind aber nach einer längeren Phase, in der die Zusammenkünfte nur noch pro forma stattfanden, leise in der Versenkung verschwunden. Schließlich gibt es noch jene, die sich in einer „Patt-Situation“ befinden: Die Akteure haben zwar noch keinen endgültigen Ausstieg aus dem Bündnis vollzogen, aber bringen auch keine gemeinsamen Initiativen mehr auf den Weg.

Dass Präventionsgremien wichtige Knotenpunkte im Netzwerk sind und weiter sein sollen, darin besteht für viele, die sich aktiv für die Weiterentwicklung der Kriminalprävention in Deutschland engagieren, kaum Zweifel. Erst jüngst auf dem 19. Deutschen Präventionstag erneuerte Erich Marks die Forderung, interdisziplinäre und ressortübergreifende Präventionszentren auf kommunaler, Landes- und Bundesebene zu etablieren und entsprechende Investitionen in geeignete Rahmenbedingungen seitens

der Politik vorzunehmen (Marks 2014). Insbesondere in die kommunalen Präventionsgremien wurden und werden große Hoffnungen gesetzt, mit ihrer Problem- und Bürgernähe die sicherheitspolitischen Herausforderungen in den Städten und Gemeinden wirksam anzugehen.

Hier soll es jedoch nicht um die aktuellen Herausforderungen in der Präventionsarbeit und Sicherheitspolitik gehen, nicht um „rote“ oder „grüne“ Listen von Präventionsprojekten (vgl. Groeger-Roth/Hasenpusch 2011; Bühler/Groeger-Roth 2013). Vielmehr soll es um die Herausforderung gehen, wie sich die kommunalen Präventionsgremien selbst nach innen und außen aufstellen können, sollen oder müssen, um die ihnen zugedachte Rolle innerhalb der kooperativen Sicherheitspolitik in Zukunft auch tatsächlich auszufüllen. Oder ist ihre Zeit inzwischen abgelaufen? Haben sie als Motor für die kommunale Kriminalprävention ausgedient – wenn sie es jemals waren – und werden sie überhaupt noch zur Überbrückung von Ressort- und Professionsgrenzen benötigt? Sollten die Zweifler, Bedenkenräger und Kritiker am Ende doch Recht behalten haben, dass Präventionsgremien nicht mehr sind als Laberrunden, Debattierclubs und Kaffeekränzchen, die sich zwischen „bürokratischem Leerlauf“ und „ungezieltem Aktionismus“ erschöpfen (Schneider 1999: 819)?

Diese Fragen möchte ich mit einem Blick auf den aktuellen Forschungsstand beantworten. Jene Forschungsinitiativen, die sich empirisch mit kommunalen Präventionsgremien beschäftigt, die Praktikerinnen und Praktiker der operativen und konzeptionellen Ebene befragt und ihre Sichtweisen, Einschätzungen und Bewertungen wissenschaftlich systematisiert haben, stehen dabei im Zentrum. Diese empirisch geerdeten Befunde bilden die Grundlage für die folgenden Ausführungen, die ich auf drei Aspekte hin zentrieren möchte:

1. Konzepterstellung und Themenfindung
2. Gremienkonstellationen und Rekrutierungsmuster
3. Primärziele und Sekundärnutzen

Forschung über kommunale Präventionsgremien – Binnenstrukturen und Innenperspektiven

Die Zahl von Untersuchungen, die sich mit Hilfe von Methoden der empirischen Sozialforschung der Institutionalisierung kommunaler Kriminalprävention näherten, ist auch heute noch vergleichsweise überschaubar. Erst Ende der 1990er Jahre entdeckte die Wissenschaft die kommunalen Präventionsgremien als Forschungsfeld. Dabei haben sich zwei Forschungsstränge herausgebildet.

Die *quantitativ* angelegten Forschungsarbeiten zielten vor allem darauf ab, die über die ganze Republik verstreuten Gremien hinsichtlich Zahl, Projektaktivitäten und inhaltlicher, organisatorischer und personeller Ausrichtung mit Hilfe standardisierter Befragungen zu erfassen (vgl. van Elsbergen 1998; Kant u.a. 2000; Brand u.a. 2003; Braun 2003; Schreiber 2007).

Dagegen nahmen die meisten *qualitativ* konzipierten Forschungsarbeiten die Kooperationspraxis und deren institutionellen Bedingungen und Rahmungen in den Blick (vgl. Hornbostel 1998; Berner/Groenemeyer 2000; Windisch 2001; Holtmann u.a. 2002; Böhm u.a. 2003; Pleiger 2003; Wurtzbacher 2004, 2008; van den Brink 2005; van Elsbergen 2005; Frevel 2007; Born 2009; Freise/Meißner 2009; Schreiber 2011; Franke/Schneiders 2012; Schulze 2013; Miesner 2014). Vornehmlich als Fallstudie konzipiert wurde hier regelmäßig auf die konkreten formellen und informellen Gestaltungsmöglichkeiten der Zusammenarbeit fokussiert. Den methodischen Kern dieser Fallstudien bildeten fast überall leitfadengestützte Interviews mit Gremienmitgliedern.

Trotz dieser unterschiedlichen Ausrichtungen lassen sich die Ergebnisse beider Forschungsstränge, die in einigen Studien auch parallel bzw. nacheinander verwirklicht wurden (Pütter 2006; Hannuschka 2009; Frevel 2012), zusammenführen und aufeinander beziehen, um die Binnenstrukturen der Gremien einerseits und die Innenperspektiven ihrer Mitglieder andererseits abzubilden.

Konzepterstellung und Themenfindung – Lösungen suchen Probleme?

In kommunalen Präventionsgremien treffen Vertreter aus verschiedenen institutionellen Kontexten mit entsprechend unterschiedlichen Professionsverständnissen, Auftragslagen, Erwartungshaltungen, Zielvorstellungen und Umsetzungskompetenzen aufeinander (Frevel/Kober 2012: 341f.). Aus dieser Heterogenität ein Konzept zu schneiden, das angesichts eines häufig vorherrschenden Konsensprinzips auf die Zustimmung aller Beteiligten trifft, stellt eine große Herausforderung dar. Eine Herausforderung, die von vielen Gründungsvätern und -müttern von Präventionsgremien sicherlich unterschätzt wurde.

Allein Zielpriorisierung und Zielumsetzung ist von Beginn an gekennzeichnet durch eine „*konzeptionelle Beliebigkeit*“ (Pütter 2002: 69). Wiebke Steffen (2004: 6) spricht sogar von einer „*Konzept- und Konturlosigkeit*“. Bernhard Frevel und Marcus Kober (2012: 339) stellen – etliche Jahre später – erneut fest: „*Die Verständigung über die einzelnen Ziele, die möglichen Diskrepanzen zwischen den Zielen der Institutionen oder auch das zielrelevante Präventionsverständnis sind keine Standards der Gremienarbeit.*“ Auch die Problemwahrnehmungen und -bewertungen der Akteure, die

einen ersten Anknüpfungspunkt für gemeinsame Projektaktivitäten darstellen könnten, erweisen sich oftmals als nicht deckungsgleich. Versuche, die Kriminalitätslage und die Kriminalitätsfurcht durch eine kriminologische Regionalanalyse bzw. eine Bürgerbefragung zu erfassen und damit eine datenbasierte Ausgangslage zu schaffen, erweisen sich unter zeitlichen und finanziellen Aspekten als vergleichsweise aufwändig und genießen nicht die uneingeschränkte Akzeptanz der Akteure (vgl. van Elsbergen 2005: 180ff.; Hannuschka 2009: 127f.). Ähnlich verhält es sich auch mit den Einstellungen der Mitglieder zu externen Evaluationen, die – häufig mit dem berechtigten Hinweis auf die methodischen Schwierigkeiten – nur selten als Entscheidungshilfe bei der Beibehaltung, Modifizierung oder Neuausrichtung von laufenden Projektaktivitäten in Auftrag gegeben werden; stattdessen setzen die Mitglieder auf persönliche Rückmeldungen aus dem eigenen Kreis (vgl. Freise/Meißner 2009: 44f.; Frevel/Kober 2012: 343f.).

Hinzu kommt, dass nicht nur die Probleme in ihrer Dringlichkeit gewichtet werden, sondern jeweils auch die Ressourcen und Kompetenzen für deren Bearbeitung im Gremium vorhanden sein müssen – ebenso wie die Bereitschaft, diese zur Verfügung zu stellen. In seiner Studie kommt der Politikwissenschaftler Bernhard Frevel (2007: 194) zu dem Schluss, *„dass ein konsequenter Abgleich der Problembewertungen und der verschiedenen Handlungsmöglichkeiten in Hinblick auf die Gestaltung einer abgestimmten Strategie nicht erfolgt.“* Ordnungspartnerschaften etwa haben es da wegen der engeren thematischen und personellen Klammer deutlich einfacher (vgl. Holtmann u.a. 2002: 22; Frevel 2007: 196; Freise/Meißner 2009: 43).

Noch einen Schritt weiter zurück gehen Frank Berner und Axel Groenemeyer (2000), die unter anderem die Entscheidungspraxis, die der Themenfindung und Schwerpunktsetzung im Gremium zugrunde liegt, näher betrachtet haben. Dabei fanden sie heraus, *„dass aus dem professionellen Selbstverständnis heraus häufig zunächst mögliche Handlungsformen als Lösungen präsentiert werden, für die dann das Problem erst gesucht wird.“* (Berner/Groenemeyer 2000: 108) Hier spiegelt sich der Umstand wieder, dass viele Gremien ohne konkreten Anlass aus der Taufe gehoben worden sind und dass sie vor allem ein kleinstädtisches Phänomen sind. Denn knapp die Hälfte aller deutschen Präventionsgremien sind in Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern beheimatet (Schreiber 2007: 26).

Auch Jens Wurtzbacher (2008: 257) beschreibt die kommunale Kriminalprävention in Deutschland pointiert als *„Antwort ohne Frage“*. Dass zum Beispiel der selbst auferlegte Anspruch, die Bürger in die Gremien- und Präventionsarbeit einzubinden, bis heute nur vereinzelt eingelöst worden ist, führt er auch auf den vergleichsweise geringen Handlungsdruck zurück: Weder gebe es hierzulande jene sozialen Verwerfungen mit den entsprechenden Gewaltphänomenen wie in US-amerikanischen,

französischen und britischen Städten, noch habe die deutsche Polizei ein Imageproblem in der Bevölkerung.

Die konzeptionellen Defizite und das Fehlen konkreter Arbeitsinhalte und Zielperspektiven werden von den Akteuren auch in anderen Studien beklagt (vgl. Born 2009: 205; Hannuschka 2009: 91f.). Marcus Kober und Wolfgang Kahl (2012: 60) sehen darin die Gefahr, dass sich die Mitglieder nicht mit dem Gremium identifizieren können und damit ihr Engagement ausgebremst wird. Sie schlagen deshalb vor, „*die Vielfalt denkbarer Themenstellungen und Handlungsansätze durch konzeptionelle Eingrenzung, klare Absprachen und möglicherweise ein gemeinsames Leitbild oder Profil zu reduzieren und gemeinsam zu präzisieren.*“

Aber diese Empfehlung müsste in einem deliberativen Aushandlungsprozess umgesetzt werden. Denn kommunale Präventionsgremien funktionieren nicht einfach nach dem Bürokratiemodell, sondern eher nach dem Modell „konsensorientierte[r] Netzwerk-governance“ (Freise/Meißner 2009: 43). Schließlich handelt es sich regelmäßig um einen Verbund, dessen Mitgliedschaft auf Freiwilligkeit beruht und in der keine hierarchischen Weisungsbefugnisse herrschen. Gerade das besitzt für viele Akteure eine hohe Attraktivität (vgl. van den Brink 2005: 79ff.). Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse sind somit nicht nur wünschenswert, sondern konstituierend. Werden diese Prozesse durch zu starke und zu starre Strukturvorgaben aus der Lenkungsgruppe unterbunden oder umgangen, droht dem Gremium möglicherweise das gleiche Schicksal: Die Mitglieder ziehen sich komplett oder auf rein formale Mitwirkungspflichten in den Arbeitsgruppen zurück.

Gremienkonstellationen und Rekrutierungsmuster – Dabei sein ist alles?

Aber nicht nur die Themensetzungen innerhalb der Gremien vollziehen sich scheinbar zufällig, sondern auch die organisatorische Rahmung und personelle Zusammensetzung. Beide Befunde – so Frevel (2007: 182) – bedingen sich wechselseitig: „*Die Mängel in der Themenfindung stehen sowohl in einem Ursachen- als auch Folgekontext mit der Gremienkonstellation.*“ Denn als vorherrschendes Muster bei der Auswahl und Rekrutierung von Mitgliedern identifizierte er die sogenannte *Kooptation*: Der Initial-Akteur spricht die ihm aus seinem Arbeitsumfeld bekannten und aus seiner Sicht geeigneten Partner an und lädt sie zur Zusammenarbeit ein. Elke Hannuschka (2009: 112f.) und Sandra Born (2009: 176) verweisen in ihren Untersuchungen ebenfalls auf solche Vorgehensweisen. Erst werden also die *Partner* gesucht, dann die *Probleme*, die man mit ihnen gemeinsam angehen kann.

Dadurch kommt dem Initial-Akteur eine entscheidende Rolle zu, da er die Akteurskonstellation und die damit eng verbundene thematische und konzeptionelle

Ausrichtung der Gremien maßgeblich in eine bestimmte Richtung lenkt. Denn solche *Zuwahl*gremien sind alles andere als *Zufalls*gremien. Kooptation begünstigt zudem eine nach außen geschlossene und nach innen homogene Gruppenbildung. Staatliche Akteure sind hier eindeutig in der Mehrheit (vgl. Braun 2003: 34; Schreiber 2007: 40ff.). Das trägt auch dazu bei, dass die Problemwahrnehmung und -bearbeitung von Kriminalität fast ausschließlich aus der Behördenperspektive heraus und in engen Expertenzirkeln erfolgt (vgl. Freise/Meißner 2009: 43; Frevel 2012: 344).

Das hat den Gremien den Vorwurf eingehandelt, nicht ausreichend demokratisch legitimiert zu sein, die Bürgerperspektive systematisch auszuklammern und die Einführung von Prävention auf bestimmte soziale Probleme, Zielgruppen und Kriminalitätsphänomene zu verstärken (vgl. van Elsbergen 2005: 286; Born 2009: 100ff.). Durch Kooptation festigt der Initial-Akteur seine Position im Gremium. Das wiederum fördert eine mögliche Individualbindung der Gremienarbeit (Frevel/Kober 2012: 340f.) und eine mögliche Schieflage in den Kooperationsbeziehungen (Hornbostel 1998: 109). Einen weiteren Nachteil einer zu dominanten Fachausrichtung von Präventionsgremien sieht Born (2009: 197) *„in der defizitären Außenwahrnehmung des Präventionsrates, bedingt durch die fehlende Politikverankerung und die damit zusammenhängende Binnenorientierung.“*

Diese Einwände gilt es jedoch in Relation zu setzen zu den Vorteilen, die die Kooptation zu einem beliebten Auswahl- und Rekrutierungsmuster beim Auf- und Ausbau von Präventionsgremien gemacht haben. Ein Vorteil von Kooptation ist zum Beispiel, dass gerade die innerbehördliche Zusammenarbeit ohne öffentlichen Druck eine problemgerechtere Lösung begünstigt. Denn wo Entscheidungen ständig dem Scheinwerferlicht von Medien, Öffentlichkeit und Politik ausgesetzt sind, wird Problemlösungen oftmals nicht jene Zeit zugestanden, die sie realistischere benötigen. Und ein Grund für das hohe Maß an Engagement, Kreativität, Elan und Identifikation in den Gremien liegt auch darin, dass hier niemand formal entsendet wurde, sondern jedes Mitglied freiwillig und mit *„Herzblut“* mitmacht (vgl. Freise/Meißner 2009: 46; Frevel/Kober 2012: 340).

Primärziele und Sekundärnutzen – Informalisierung durch Formalisierung?

„Nur wenige Gremien stellen die Reduzierung der Kriminalität und Kriminalitätsfurcht als zentrale Leistung ihrer Arbeit heraus.“ Dieses Teilergebnis der bundesweiten Befragung von Verena Schreiber (2007: 56) verblüfft zunächst, soll es dem Gründungsgedanken kommunaler Präventionsgremien nach doch genau darum gehen. Stattdessen rangiert die Vernetzung an erster Stelle bei der Frage nach den Erfolgen und Leistungen der Gremienarbeit ebenso wie bei der Fragen nach den Kernaufgaben (Schreiber 2007: 49, 56f.). In der Befragung von Norbert Pütter (2006: 306) äußern sich

die Akteure ganz ähnlich. Auch Matthias Freise und Maren Meißner (2009: 45) sehen es auf der Grundlage ihrer Studie über nordrhein-westfälische Verkehrsordnungspartnerschaften als Erfolg an, „*wenn es [...] gelingt, für ausgewählte Handlungsfelder behördenübergreifende Netzwerkstrukturen zu schaffen.*“ Einen ungleich höheren Stellenwert als eine dem Gremium kausal zurechenbare Reduzierung von Kriminalität und Kriminalitätsfurcht nimmt bei den Akteuren also die gegenseitige Vernetzung ein. Es geht vor allem darum, Informationen auszutauschen, persönliche Kontakte zu knüpfen und kurze Dienstwege einzufädeln (vgl. Hornbostel 1998: 106; Böhm u.a. 2003: 185; Pleiger 2003: 125; Frevel 2007: 196).

Dieser Befund steht in einem engen Zusammenhang mit einem weiteren Befund der Befragung, der ebenfalls quer zur Konzeption kommunaler Präventionsgremien liegt: Die Mitglieder realisieren gemeinsame Präventionsmaßnahmen höchst selten (Schreiber 2007: 48f.). Das bestätigt Verena Schulze (2012: 315): „*In allen Gremien der Fallstudien finden Kommunikation und Koordination statt; Kooperation in Form gemeinsamer Implementation erreichen indes nur einige Konstellationen in spezifischen Zusammenhängen.*“ Auch das irritiert zunächst, versprach man sich doch gerade durch das Zusammenbringen der Akteure in den Gremien, bislang unverbundene Einzelaktionen und Parallelstrukturen in ein gemeinsames Aktionsfeld Kriminalprävention aufzulösen und dadurch Synergieeffekte freizusetzen (vgl. Heinz 1997: 427f.).

In Anbetracht der skizzierten Heterogenität erscheinen aus der Akteursperspektive kooperative Handlungsformen aber wenig attraktiv. Ihrem Selbstverständnis nach gilt es, nicht gemeinsame Projekte *durchzuführen*, sondern eigene Projekte aufeinander *abzustimmen* (van den Brink 2005: 84ff.; Hannuschka 2009: 121f.). Für viele Akteure liegt der entscheidende Mehrwert der Gremien darin, dass sie dort Zugang zu vormals nicht bekannten Akteuren erhalten, sich neue Informationsquellen erschließen, den bestehenden Informationsfluss erhöhen und die eigene Organisation repräsentieren (Schulze 2012: 308). Schulze bezeichnet diese weichen Faktoren als „*Sekundärnutzen*“, die zwar für die eigene Aufgabenerfüllung nicht *primär* notwendig sind, aber *sekundär* eine Erleichterung und Verbesserung bedeuten. Der Nutzen aus der Mitgliedschaft realisiert sich also nicht in einer erfolgreichen Gremienarbeit, sondern in einer erfolgreicherer Bewältigung der eigenen Arbeit.

Auch in der Studie von Berner und Groenemeyer (2000: 108) kommen die beiden Sozialwissenschaftler zu dem Ergebnis: „*Die Präventionsgremien schaffen einen Rahmen für die Bildung sozialen Kapitals, das als Ressource auch außerhalb des Sozial- und Kriminalpräventiven Rates mobilisiert werden kann. Hieraus ergibt sich eine informelle Verwaltungsstruktur, die den Koordinationsaufwand zwischen den verschiedenen Organisationen und Organisationstypen erheblich verringern kann. Diese Informalisierung wird gerade durch die schwache formale Institutionalisierung*

ohne festgelegte Zuständigkeiten ermöglicht.“ Es passiert also beides: Formalisierung von Akteursbeziehungen bei gleichzeitiger Informalisierung. Heinz Steinert (1995: 413) sieht deswegen in der kommunalen Gremienarbeit ein „Instrument einer stillschweigenden Verwaltungsreform“, weil die Akteure dort wichtige Verdrahtungen innerhalb der versäulten Verwaltungsstrukturen vornehmen. Zwar wird mit der Gründung eines Präventionsgremiums ein gemeinsames Dach über die unterschiedlichen Präventionsaktivitäten gespannt. Aber die rechtlichen Kompetenzen und Zuständigkeiten der einzelnen Akteure sowie das strukturelle Gefüge in der Sicherheitsarchitektur bleiben davon unberührt. Und erst beides zusammen ebnet den Weg für eine erfolgreiche Präventionsarbeit.

Fazit – von Versäulung zu Vernetzung

Nicht wenige Akteure vor Ort haben – trotz dieser nicht leichten Bedingungen – einen Weg gefunden, das Konzept der kommunalen Kriminalprävention mit einem Mehrwert für sich zu versehen und es gewinnbringend für ihre jeweiligen Arbeitszusammenhänge nutzbar zu machen. Dafür brauchte es vielerorts Geduld und Mut, aber es zeigt unmissverständlich: Präventionsgremien sind auf diesem Weg keine *Blockaden*, sondern *Brücken*. Sie verbinden die Akteure und erhöhen deren Ressourcen bei der Bewältigung präventionsrelevanter Aufgaben.

Um die Zahl der Sackgassen und Umwege für all jene zu verringern, die diesen Weg noch vor sich haben, sollten die Bemühungen in der Aus- und Fortbildung der beteiligten Professionen weiter verstärkt werden (Frevel/Kober 2012: 348ff.). Denn *„das geteilte Wissen über die Arbeit, die Handlungsziele und -ansätze, die Organisationsformen, die Chancen der Prävention und die Grenzen der Wirkung ist immer noch rudimentär“* (Frevel 2007: 201). Diese Aussage bezieht sich zum einen auf die bestehenden Ausbildungsdefizite und Wissenslücken bezüglich präventionsrelevanter Begriffe, Strukturen, Konzepte und Theorien (vgl. van Elsbergen 2005: 285; Hannuschka 2009: 126). Diese Defizite und Lücken müssen in den konkreten Projektzusammenhängen erst kompensiert werden (Frevel/Kober 2012: 350) und ziehen damit die Verständigungs- und Annäherungsversuche zu Beginn der Zusammenarbeit unnötig in die Länge.

Zum anderen wird mit dieser Aussage Bezug darauf genommen, dass der Austausch über die Erfolge und Misserfolge von speziellen Präventionsstrategien zu ähnlichen Problemkonstellationen und von gremienbezogener Präventionsarbeit generell über die Stadt- und Landesgrenzen hinaus intensiviert werden muss (Holtmann u.a. 2002: 25f.; Frevel/Kober 2012: 357). Auch hierbei könnten – neben den Landespräventionsräten – die Koordinatorinnen und Koordinatoren der Gremien eine Schlüsselrolle einnehmen (vgl. Hannuschka 2009: 142f.; Kober/Kahl 2012: 53ff.; Schneiders/Franke 2012:

292ff.). Die Koordinatorinnen und Koordinatoren und deren hauptamtliche Verstärkung sind ohnehin ein wichtiges Standbein der Gremienarbeit, weil sie jenes Mindestmaß an Strukturen und Formalisierung der Akteursbeziehung sicherstellen, innerhalb derer sich die erwünschte Informalisierung und Projektförmigkeit von Verwaltungshandeln vollziehen kann.

Eine Frage, an der sich die Zukunft kommunaler Gremien entscheiden wird, ist sicherlich, ob sie sich von alten Bürokratiemodellen lösen und eine offene Netzwerk-governance etablieren können (vgl. Freise/Meißner 2009: 45). Denn das haben die bisherigen Forschungsunternehmungen gezeigt: Dort, wo abseits von ministeriellen Erlassen und behördlichen Dienstanweisungen genügend Spielraum für die Akteure verbleibt, sich auf der operativen Ebene gemeinsam über Ressort- und Professionsgrenzen hinweg über ähnliche Probleme und unterschiedliche Lösungsansätze auszutauschen, kann die Gremienarbeit positive Wirkungen entfalten – nach innen und außen. Dass diese Wirkungen sich nicht von heute auf morgen einstellen, dass sie von eher mittelbarer und indirekter Natur sind und dass man sie nur schwer in Zahlen messen und öffentlichkeitswirksam präsentieren kann, davon sollten sich diejenigen, die an einer nachhaltigen und erfolgreichen Präventionsarbeit interessiert sind, nicht beirren lassen und ihren gemeinsamen Weg fortsetzen.

Literatur

- Berner, Frank/Groenemeyer, Axel (2000): „... denn sie wissen nicht, was sie tun“ – Die Institutionalisierung kommunaler Kriminalprävention im Kriminalpräventiven Rat. In: Soziale Probleme, Jg. 11, H. 1/2, S. 83-115. Verfügbar unter: http://www.soziale-probleme.de/2000/04_Berner-Groenemeyer_-_Die_Institutionalisierung_kommunaler_Kriminalpraevention_2000-1-2.pdf (letzter Zugriff: 20.09.2014)
- Böhm, Sabine/Greiffenhagen, Sylvia/Krämer, Ulla/Pümmerlein, Michaela (2003): Kooperation als Querschnittsaufgabe und Schlüsselqualifikation – Das Modellprojekt „Kooperation Polizei-Jugendhilfe-Sozialarbeit“. In: Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (Hrsg.): Evaluierter Kriminalitätsprävention in der Kinder- und Jugendhilfe. Erfahrungen und Ergebnisse aus fünf Modellprojekten. München: DJI, S. 167-205.
- Born, Sandra (2009): Kommunale Kriminalprävention in einer Großstadt – Mehr Prävention oder mehr Repression? Eine Risiko- und Potenzialanalyse kommunaler Präventionsstrukturen in Berlin. Berlin: Logos.

- Brand, Thomas/Fuhrmann, Astrid/Walter, Michael (2003): Aktuelle Bestandsaufnahme von Projekten zur Kriminalprävention. Erste Ergebnisse einer Befragung der Kommunen in NRW. In: forum kriminalprävention, H. 1, S. 3-4.
- Braun, Sören (2003): Akteure kommunaler Kriminalprävention. Zusammenstellung anhand einer Befragung. In: forum kriminalprävention, H. 2, S. 34-35.
- Bühler, Anneke/Groeger-Roth, Frederick (2013): Brauchen wir eine „Rote Liste Prävention“? Was empfiehlt sich nicht in der Prävention? In: Kerner, Hans-Jürgen/Marks, Erich (Hrsg.): Internetdokumentation des Deutschen Präventionstages. Hannover. Verfügbar unter: <http://www.praeventionstag.de/Dokumentation.cms/2361> (letzter Zugriff: 20.09.2014)
- Franke, Karen/Schneiders, Monika (2012): Kommunale Kriminalprävention. Bausteine zur kommunalen Sicherheitsvorsorge. Saarbrücken: AV Akademikerverlag.
- Freise, Matthias/Meißner, Maren (2009): Effektive Netzwerk-governance oder oktroyierte Kooperation? Verkehrsordnungspartnerschaften in Nordrhein-Westfalen. In: Polizei & Wissenschaft, H. 4, S. 39-47.
- Frevel, Bernhard (2007): Kooperative Sicherheitspolitik in Mittelstädten. Vergleichende Fallstudien zu den Grundlagen, der Gestaltung und den Wirkungen von Ordnungspartnerschaften und Kriminalpräventiven Räten. In: Frevel, Bernhard (Hrsg.): Kooperative Sicherheitspolitik in Mittelstädten. Studien zu Ordnungspartnerschaften und Kriminalpräventiven Räten. Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft, S. 13-212.
- Frevel, Bernhard (Hrsg.) (2007): Kooperative Sicherheitspolitik in Mittelstädten. Studien zu Ordnungspartnerschaften und Kriminalpräventiven Räten. Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft.
- Frevel, Bernhard (Hrsg.) (2012): Handlungsfelder lokaler Sicherheitspolitik. Netzwerke, Politikgestaltung und Perspektiven. Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft.
- Frevel, Bernhard/Kober, Marcus (2012): Perspektiven kooperativer Sicherheitspolitik. In: Frevel, Bernhard (Hrsg.): Handlungsfelder lokaler Sicherheitspolitik. Netzwerke, Politikgestaltung und Perspektiven. Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft, S. 337-358.
- Groeger-Roth, Frederick/Hasenpusch, Burkhard (2011): Die „Grüne Liste Prävention“ – effektive und erfolgversprechende Präventionsprogramme im Blick. In: forum kriminalprävention, H. 4, S. 52-58.
- Hannuschka, Elke (2009): Kommunale Kriminalprävention in Mecklenburg-Vorpommern. Eine empirische Untersuchung der Präventionsgremien. Verlag: Forum Verlag Godesberg.

- Holtmann, Elisabeth/Holtmann, Dieter/Görl, Tilo/Goltz, Elke/Buchheister, Claudia (2002): Zur Prävention von Kriminalität, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit durch die Gremien kommunaler Kriminalitätsverhütung im Land Brandenburg. Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung, Nr. 15. Universität Potsdam. Verfügbar unter: http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2006/1070/pdf/Potsdamer_Beitrag_Nr._15.pdf (letzter Zugriff: 20.09.2014)
- Hornbostel, Stefan (1998): Die Konstruktion von Unsicherheitslagen durch kommunale Präventionsräte. In: Hitzler, Ronald/Peters, Helge (Hrsg.): Inszenierung: Innere Sicherheit. Daten und Diskurse. Opladen: Leske + Budrich, S. 93-111.
- Kant, Martina/Pütter, Norbert/Hohmeyer, Christine (2000): Kommunale Kriminalprävention in Deutschland. Eine quantitative Annäherung. In: Liebl, Karlhans/Ohlemacher, Thomas (Hrsg.): Empirische Polizeiforschung. Interdisziplinäre Perspektiven in einem sich entwickelnden Forschungsfeld. Herbolzheim: Centaurus, S. 201-219.
- Kober, Marcus/Kahl, Wolfgang (2012): Impulse für das Kommunale Präventionsmanagement. Erkenntnisse und Empfehlungen zu Organisation und Arbeit kriminalpräventiver Gremien auf kommunaler Ebene., 2. vollständig überarbeitete Auflage. Bonn: DFK. Verfügbar unter: http://www.kriminalpraevention.de/images/pdf/2012_dfk_impulse.pdf (letzter Zugriff: 20.09.2014)
- Marks, Erich (2014): Zur Eröffnung des 19. Deutschen Präventionstages. In: Kerner, Hans-Jürgen/Marks, Erich (Hrsg.): Internetdokumentation des Deutschen Präventionstages. Hannover. Verfügbar unter: <http://www.praeventionstag.de/Dokumentation.cms/2867> (letzter Zugriff: 20.09.2014)
- Miesner, Christian (2014): Beziehungen und Strukturen in Netzwerken kommunaler Kriminalprävention Eine Fallstudie zur Ausbildung von Machtstrukturen in kriminalpräventiven Gremien unter besonderer Berücksichtigung der Problematik devianter Jugendliche. Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft.
- Pleiger, Doris (2003): Verbesserung der Kooperation und Kommunikation von Kriminalpräventiven Räten in Mecklenburg-Vorpommern – Das Beispiel Rostock. In: Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (Hrsg.): Evaluerte Kriminalitätsprävention in der Kinder- und Jugendhilfe. Erfahrungen und Ergebnisse aus fünf Modellprojekten, München: DJI, S. 99-131.
- Pütter, Norbert (2002): Kommunalpolitik als Kriminalpolitik. Über die Verwandlung des Politischen in der Präventionsgesellschaft. In: Rainer Prätorius (Hrsg.): Wachsam und kooperativ? Der lokale Staat als Sicherheitsproduzent. Baden-Baden: Nomos, S. 64-79.
- Pütter, Norbert (2006): Polizei und kommunale Kriminalprävention. Formen und Folgen polizeilicher Präventionsarbeit in den Gemeinden. Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft.

- Schneider, Hans Joachim (1999): Neue Wege der Kriminalitätskontrolle. Strategien der Verbrechensverhütung und ihre Erfolgsaussichten. In: Universitas, Jg. 54, H. 9, S. 819-835.
- Schreiber, Verena (2007): Lokale Präventionsgremien in Deutschland. Forum Humangeographie 2. Frankfurt am Main: Institut für Humangeographie.
- Schreiber, Verena (2011): Fraktale Sicherheiten. Eine Kritik der kommunalen Kriminalprävention. Bielefeld: transcript.
- Schulze, Verena (2012): KoSiPol und Governance. In: Frevel, Bernhard (Hrsg.): Handlungsfelder lokaler Sicherheitspolitik. Netzwerke, Politikgestaltung und Perspektiven. Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft, S. 282-317.
- Schulze, Verena (2013): Safety and Security Governance – Kommunale Politik der Inneren Sicherheit aus der Perspektive des Governance-Ansatzes. Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft.
- Steffen, Wiebke (2004): Gremien Kommunaler Kriminalprävention – Bestandsaufnahme und Perspektive. In: Kerner, Hans-Jürgen/Marks, Erich (Hrsg.): Internetdokumentation Deutscher Präventionstag. Hannover. Verfügbar unter: http://www.praeventionstag.de/content/9_praev/doku/steffen/index_9_steffen.html (letzter Zugriff: 20.09.2014)
- Steinert, Heinz (1995): Prävention als kommunale Aufgabe. Jenseits von Polizei und Strafrecht. In: Gössner, Rolf (Hrsg.): Mythos Sicherheit. Der hilflose Schrei nach dem starken Staat. Baden-Baden: Nomos, S. 403-414.
- van den Brink, Henning (2005): Kommunale Kriminalprävention. Mehr Sicherheit in der Stadt? Eine qualitative Studie über kommunale Präventionsgremien, Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft.
- van Elsbergen, Gisbert (1998): Die Bundesrepublik Deutschland im Spiegel ihrer Präventionsaktivitäten – von Sicherheitswacht bis Präventionsrat. In: Europäische Beiträge zu Kriminalität und Prävention, Jg. 2, H. 3, S. 1-18.
- van Elsbergen, Gisbert (2005): Chancen und Risiken kommunaler Kriminalprävention: Eine qualitativ-empirische Analyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Windisch, Katja (2001): Institutionalisierung vernetzter Arbeitsweisen im kommunalen Bereich am Beispiel der Suchtprävention in Leipzig. Bern: Soziothek.
- Wurtzbacher, Jens (2004): Sicherheit durch Gemeinschaft? Bürgerschaftliches Engagement für öffentliche Sicherheit. Opladen: Leske + Budrich.

Wurtzbacher, Jens (2008): Urbane Sicherheit und Partizipation. Stellenwert und Funktion bürgerschaftlicher Beteiligung an kommunaler Kriminalprävention. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.